

040/2011

Stuttgart, den 11.02.2011

Einsatz des Briten-Spitzels im Land bestätigt

Uli Sckerl: Mauertaktik des Innenministers muss ein Ende haben

Auf die kritischen Nachfragen der grünen Landtagsfraktion musste der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech inzwischen den Einsatz des britischen Polizeiangehörigen Mark Kennedy als verdeckter Ermittler in Baden-Württemberg einräumen. Das geht aus der Stellungnahme des Ministers, die jetzt vorliegt, eindeutig hervor.

Danach soll Kennedy im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel am 3./4. April 2009 in Baden-Württemberg eingesetzt gewesen sein. Sein Einsatz erfolgte laut Rech auf Anordnung einer für den NATO-Gipfel gebildeten Sondereinheit des Landespolizeipräsidiums Freiburg, der „Aufbauorganisation Atlantik“ (BOA) unter tätiger Mithilfe von Landes- und Bundeskriminalamt.

„Die wesentlichen Fragen bleiben unbeantwortet“, sagte der innenpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Uli Sckerl. „Über die näheren Umstände, Einsatzgründe, wen er wo und wann ausgespäht hat, und welche Zahlungen geflossen sind, hüllt sich der Minister weiterhin in Schweigen. Auch die rechtlichen Grundlagen für den Spitzeleinsatz bleiben im Dunkeln.“

Das entsprechende EU-Abkommen sehe den Einsatz von verdeckten Ermittlern nur bei Rechtshilfe in Strafsachen vor. Darum gehe es im Falle Kennedy aber offensichtlich nicht, sondern um einen präventiven Einsatz.

Über die Dauer des Einsatzes kann man nach den Ministerangaben ebenso nur spekulieren. „Die Zusammenarbeit war auf den Zeitraum des Polizeieinsatzes beim NATO-Doppelgipfels beschränkt“, heißt es. „Wir gehen nicht davon aus, dass sich das auf die Gipfeltage 3. und 4. April beschränkt, denn die Planung des Einsatzes begann bereits Anfang 2008. Wir gehen daher von einer umfangreichen Aktion gegen eine Vielzahl von Personen aus.“

Der Innenminister verweigere auch jegliche Auskunft auf die Frage, wie viele ausländische verdeckte Ermittler insgesamt in den letzten 10 Jahren eingesetzt waren.

„Es wird immer nur das eingeräumt, was eh schon nachwiesen wurde. Diese Mauertaktik muss jetzt ein Ende haben“, forderte der Grünen-Sprecher. In der bevorstehenden Sitzung des Innenausschusses des baden-württembergischen Landtags kommende Woche müssten alle offenen Fragen beantwortet werden.

Anlage:

Stellungnahme des Innenministeriums auf den Grünen-Antrag / Drs. 14/7530